

Handbuch Familiensteuerrecht

von

Dr. Christof Münch

Notar in Kitzingen

2. Auflage 2020


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



C.H.BECK

beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 76347 2

© 2020 Verlag C.H. Beck oHG,
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Satz: Fotosatz Buck
Zweikirchener Str. 7, 84036 Kumhausen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 2. Auflage

Der Aufruf zum gegenseitigen Dialog, den das Vorwort der ersten Auflage enthielt, hat Früchte getragen. Das Buch hat eine gute Aufnahme gefunden. Auch die zweite Auflage soll das interdisziplinäre Verständnis für die rechtlichen Probleme fördern. So zeigt etwa aktuelle Rechtsprechung zur Anwaltshaftung bei Nichthinziehung eines Steuerberaters zur Scheidungsvereinbarung, dass die Verzahnung der Bereiche immer stärker wird.

Die zweite Auflage bringt das Familiensteuerrecht auf den Stand 2020 und arbeitet eine Vielzahl neuer Rechtsprechung, aber auch geänderter gesetzlicher Regelungen ein. Sie wird erweitert um die Auslandsbezüge des Familienrechts und kann damit als komplette Handreichung im Bereich des Familienrechts gelten. Wo möglich wurden außerdem Beispiele eingearbeitet oder Formulierungsvorschläge erweitert, um die Verständlichkeit zu erhöhen.

Auch zu dieser Auflage sind die Leser aufgerufen, sich bei Fragen, Anregungen, Kritik oder auch Lob an den Autor zu wenden.

Kitzingen, im Juli 2020

Dr. Christof Münch

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur 1. Auflage

Für den Abschluss und die Ausgestaltung familienrechtlicher Verträge sind häufig steuerliche Gründe bestimmend. So wird etwa der Güterstand mit Rücksicht auf schenkungsteuerliche Folgen oder eine ins Auge gefasste Güterstandsschaukel gewählt. Bei Scheidungsvereinbarungen muss sichergestellt sein, dass die Regelungen der Vertragsteile möglichst wenig Steuern auslösen. So sind etwa Abfindungen aus dem Betriebsvermögen ebenso zu vermeiden wie Eigentumsübertragungen, die zu steuerbaren privaten Veräußerungsgewinnen führen. Bei Unterhaltszahlungen muss überlegt werden, wie diese am ehesten steuerlich geltend gemacht werden können.

So konnte ich in meiner langjährigen Praxis als Notar beobachten, dass eine große Zahl von Mandanten gerade durch ihren Steuerberater, der ein Dauermandat hat und daher bei allen familienrechtlichen „Risikoentwicklungen“, sei es Hochzeit, Krankheit oder Tod, erster Ansprechpartner ist, auf die Notwendigkeit familienrechtlicher Regelungen hingewiesen wurden.

Zum Erreichen des für den Mandanten optimalen Vertrages ist heute ein Zusammenwirken der rechtlichen und steuerlichen Berater unerlässlich, bei dem jeder aus seiner Verantwortung heraus den ihm anvertrauten Bereich zur Geltung bringt. Dieses Zusammenwirken wird dann für den Mandanten am besten funktionieren, wenn jeder Dienstleister auch über Grundkenntnisse aus dem jeweils anderen Bereich verfügt, denn dies erst erlaubt ein zielführendes Zwiegespräch. Diesem Anliegen will das vorliegende Buch dienen, um den steuerlichen Berater mit den aus seiner Sicht wichtigen Grundkenntnissen der familienrechtlichen Vertragsgestaltung vertraut zu machen. Soweit Formulierungsvorschläge gegeben werden, sind diese als Anregung gedacht. Ihre Verwendung obliegt in jedem einzelnen Fall dem Anwender in eigener Verantwortung.

Es würde mich freuen, wenn das Buch idS gute Aufnahme fände. Zögern Sie nicht, sich bei Fragen, Anregungen, Kritik oder auch Lob an den Autor zu wenden (kt@notariat-kitzingen.de).

Kitzingen, im März 2015

Dr. Christof Münch

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 2. Auflage	V
Vorwort zur 1. Auflage	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Literaturverzeichnis	XXXI
1. Teil. Die Bedeutung des Familienrechts für die steuerliche Beratung und Gestaltung	1
2. Teil. Aufgaben und Möglichkeiten des Steuerberaters in familien- rechtlichen Rechtsbeziehungen	115
3. Teil. Eherecht	155
4. Teil. Scheidung und Scheidungsvereinbarungen	317
5. Teil. Recht der Minderjährigen	371
6. Teil. Abstammung, Adoption	401
7. Teil. Patchworkfamilie	425
8. Teil. Eingetragene Lebenspartnerschaft	447
9. Teil. Nichteheleiche Lebensgemeinschaften	459
10. Teil. Vorsorgevollmachten	487
11. Teil. Gesellschaftsrecht	517
12. Teil. Internationale Bezüge des Familienrechts	557
Stichwortverzeichnis	571

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 2. Auflage	V
Vorwort zur 1. Auflage	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Literaturverzeichnis	XXXI
1. Teil. Die Bedeutung des Familienrechts für die steuerliche Beratung und Gestaltung	1
A. Checkliste: Familienrecht in der Praxis des Steuerberaters	3
I. Einführung	3
1. Steuerberatung 2020	3
2. Familienrechtscheck als Nebenleistung	4
3. Steuerberaterpflichten nach Änderung der Familienkonstellation	5
II. Checkliste	6
B. Familie und Gestaltung	9
I. Steuerliche Vorteile der Ehe oder Familie	9
1. Zusammenveranlagung	10
2. Begrenztes Realsplitting	13
3. Doppelte Freibeträge	13
4. Sonstige Vor- und Nachteile	14
II. Einkommensverlagerung	14
1. Zweck einer Einkommensverlagerung	14
2. Mittel zur Einkommensverlagerung	15
III. Haftungsgünstige Vermögensverteilung	18
1. Asset Protection – Vermögensstrukturberatung im Familienrecht	18
2. Anfechtbarkeit und Pfändbarkeit	18
3. Maßnahmen zur Asset Protection	21
a) Vermögenstrennung	21
b) Güterrechtliche Maßnahmen	22
aa) Anfechtbarkeit güterrechtlicher Verträge	22
bb) Güterstandsbeendigung	26
cc) Güterstandsschaukel	32
c) Vermögensübertragung auf den Ehegatten oder Kinder	36
aa) Ehegattenzuwendung	36
bb) Zuwendung an Kinder	50
d) Familienstiftung	52
e) Schutz im Unternehmen	53
IV. Haftungs- und steuerbedingte Vermögensstrukturplanung	53
1. Vermeidung von Betriebsvermögen	53
2. Einnahmeplanung zur Ausnutzung steuerlicher Freiräume	60
3. Gestuerter Vermögenszuwachs	60
	XI

Inhaltsverzeichnis

4. Generierung erbschaftsteuerlicher Freibeträge	61
5. Familienheim	62
6. Gesellschaftsrecht zur Einbindung und zum Hineinwachsen . . .	67
a) Familiengesellschaften als Typusvariation	67
b) Vorteile gesellschaftsrechtlicher Bindung	68
7. Scheidungsvorsorge	69
V. Steuerliche Gestaltungen wie unter Fremden	70
1. Darlehensverträge	70
a) Zivilrechtliche Voraussetzungen	70
b) Zivilrechtliche Folgen	71
c) Ehegattendarlehen und Schenkungsteuer	72
d) Ehegattendarlehen und Einkommensteuer	75
2. Arbeitsverträge	78
a) Familienrecht und Arbeitsvertrag	78
b) Ehegattenarbeitsverhältnis und Arbeitsrecht	79
c) Steuerrechtliche Anerkennung von Ehegattenarbeitsverträgen	80
3. Sonstige Verträge	83
VI. Familie ohne rechtliches Band	84
1. Familienbegriff	84
2. Rechtliche Behandlung	85
C. Familiäre Entwicklungen als Gefahrenpotential	87
I. Trennung	87
1. Bedeutung der Trennung für die Scheidungsfolgen	87
2. Trennung bei Vorhandensein von Gesellschaften	89
3. Auswirkungen der Trennung im Steuerrecht	89
4. Handlungsbedarf für bestehende Verträge oder Vollmachten . . .	91
II. Ehescheidung	91
1. Zugewinn	91
2. Unterhalt	92
3. Testamente und Erbverträge	93
4. Gestaltungsmöglichkeiten	94
5. Beendigung von Steuerkonstruktionen	95
III. Krankheit	96
1. Vertretungsverhältnisse	96
2. Gesetzliches Konzept der Betreuung	97
3. Vorsorgevollmacht	98
IV. Tod	98
1. Gesetzliche Erbfolge	98
2. Letztwillige Verfügungen	99
3. Transmortale Vollmachten	100
4. Zugewinn	100
5. Pflichtteilsrecht	100
6. Erbrecht und Gesellschaftsrecht	102
D. Familienrecht im Wandel	103
I. Familie im gewandelten gesellschaftlichen Umfeld	103
1. Art. 6 GG als Grundnorm	103
2. Zerrüttungsscheidung	104
3. Gleichstellung nichtehelicher Kinder	104
4. Lebenspartnerschaft/Ehe für alle	105
5. Nichteheliche Lebensgemeinschaft	106
6. Ehen mit Auslandsberührung	107

Inhaltsverzeichnis

II. Reformgesetze im Eherecht	108
1. Unterhaltsrecht	108
2. Versorgungsausgleich	109
3. Zugewinn	110
III. Inhaltskontrolle ehelicher Verträge	110
1. Rechtsprechungswandel bei Eheverträgen	110
2. Inhaltskontrolle	110
3. Praktische Schlussfolgerungen	111
a) Altverträge auf dem Prüfstand	111
b) „Weniger ist mehr“	111
c) Steuerlich erwünschte Nichtigkeit von Verträgen	112
IV. Nebengüterrecht	113
V. Rechtliche Anerkennung der Familie außerhalb der Ehe	113
2. Teil. Aufgaben und Möglichkeiten des Steuerberaters in familienrechtlichen Rechtsbeziehungen	115
A. Gestaltungsimpulse	117
I. Firmengründung	117
1. Inhaber	117
2. Rechtsform	118
3. Vermögensverteilung und Steuern	120
4. Scheidungsvorsorge	120
5. Krankheitsvorsorge	120
6. Tod	121
II. Firmenänderung	123
1. Familienrechtliche Verfügungsbefugnis	123
2. Überprüfung Ehevertrag	124
III. Firmenübertragung	125
1. Übergeberseite – grundlegende Vermögensänderung	125
2. Übernehmerseite	128
3. Anpassung bestehender Gesellschaftsverträge	129
IV. Geburt oder Annahme von Kindern	129
1. Abstammungsrechtliche Fragen	129
2. Erb- und pflichtteilsrechtliche Auswirkungen	130
3. Prüfung von gesellschaftsvertraglichen Klauseln	130
4. Patchworkkinder	131
V. Heirat/Partnerschaft	131
1. Vorsorgende Ehe- und Partnerschaftsverträge	131
2. Nichtbeachtung gesellschaftsrechtlicher Klauseln	132
3. Sicherung des Ehepartners im Todesfall	132
4. Steuergestaltung mittels Ehegatten	133
5. Betriebliche Mitarbeiter regeln	133
VI. Krankheit, Tod, Scheidung	133
VII. Verträge-TÜV	133
1. Dauermandat	133
2. Datenpflege	134
B. Steuerliche Vertragsoptimierung	134
I. Steuerliche Auswirkungen vertragsbestimmend	134
1. Interprofessionelle Zusammenarbeit	134
2. Steuerliche Zielvorstellung übermitteln	135
3. Vertragsentwürfe überprüfen	136

Inhaltsverzeichnis

II. Schädlichkeitsscan gegebener Vertragsentwürfe	137
1. Typische Konfliktpotentiale	137
2. Begrenzte steuerliche Aufklärungspflicht anderer Berufe	138
3. Steuerrechtlicher Vergleich familienrechtlicher Gestaltungs- möglichkeiten	139
III. Haftungsrechtliche „Abänderungssperre“	139
C. Einseitige Steuerliche Beratung	140
I. Gemeinsames Mandat von Ehegatten	140
1. Gemeinsamer Auftrag von Ehegatten	140
2. Verbot der Vertretung widerstreitender Interessen	140
II. Widerstreitende Interessen durch Scheidungssituation	141
III. Einseitiges Mandat	142
D. Berechnung latenter Steuern im Familienrecht	143
I. Unternehmensbewertung und latente Steuer	143
1. Grundsätze der Unternehmensbewertung im Familienrecht	143
2. Die Berücksichtigung der latenten Ertragsteuer bei der Unter- nehmensbewertung.	145
3. Latente Ertragsteuer auch bei der Pflichtteilsberechnung?	146
II. Latente Steuer bei allen Vermögensgütern	146
1. Latente Ertragsteuer nunmehr bei allen Vermögensgütern	146
2. Begriff der latenten Steuerbelastung	147
3. Betroffene Vermögensgüter und Bewertungsprobleme	149
a) Firmenvermögen	149
b) Immobilien	150
c) Wertpapiere	150
d) Lebensversicherungen	151
4. Die Berechnung der latenten Ertragsteuer	152
5. Anfangs- und Endvermögen	153
6. Familienrechtliche Konsequenzen aus der neuen Rechtsprechung	153
7. Kritik am Abzug der latenten Ertragsteuer	153
3. Teil. Eherecht	155
A. Die Güterstände	160
I. Zugewinngemeinschaft und vertragliche Modifizierung	160
1. Ausgleich bei Beendigung des Güterstandes	160
a) Tod	160
aa) Pauschalierter Zugewinn	160
bb) Güterrechtlicher Zugewinn	161
b) Scheidung.	162
c) Ehevertrag	162
2. Anfangs- und Endvermögen	162
a) Stichtage	162
b) Abgrenzung	163
c) Berechnung	165
aa) Negatives Vermögen	166
bb) Privilegiertes Vermögen	166
cc) Indexierung	166
dd) Vermutung des § 1377 Abs. 3 BGB	167
ee) Hinzurechnungen zum Endvermögen	167
ff) Vermögenswertbegrenzung	168

Inhaltsverzeichnis

d) Bewertung	168
aa) Unternehmensbewertung	169
bb) Grundstücksbewertung	176
cc) Vorbehaltsrechte	177
3. Verfügungsbeschränkungen	178
a) Gesamtvermögensgeschäft	179
b) Subjektive Theorie	179
c) Zeitlicher Anwendungsbereich	180
d) Folgen fehlender Zustimmung	180
e) Ehevertragliches Abbedingen	181
4. Ehevertragliche Modifikationen	181
a) Herausnahme des Unternehmens	182
b) Ausschluss des Zugewinns bei Scheidung	185
c) Ausschluss Elternvermögen	186
d) Höchstbetrag	187
e) „Vorverleger“ der Anfangsvermögensberechnung	188
f) Zweistufiger Ehevertrag	189
II. Gütertrennung	190
1. Gütertrennung für dynastisches Vermögen und „zweiten Frühling“	190
2. Richterliche Vermögenskorrektur	191
3. Vereinbarung von Gütertrennung	191
4. Aufhebung der Gütertrennung mit rückwirkender Vereinbarung von Zugewinnsgemeinschaft	192
5. Güterstandsschaukel	195
III. Gütergemeinschaft	195
1. Die verschiedenen Vermögensmassen	195
2. Auseinandersetzung	197
3. Vertragliche Gestaltungsmöglichkeiten	197
IV. Deutsch-französischer Wahlgüterstand	198
1. Anwendungsbereich des neuen Wahlgüterstandes	198
2. Verfügungsbeschränkung Familienwohnung	199
3. Erbrechtliche Auswirkungen	200
a) Kein erbrechtliches Viertel	200
b) Anspruch gegen überlebenden Ehegatten	200
c) Erbschaftsteuer	200
4. Vereinbarung der deutsch-französischen Wahl-Zugewinnsgemeinschaft	201
V. Eigentums- und Vermögensgemeinschaft	201
1. Überleitung	201
2. Rückübertragungsansprüche	202
B. Das reformierte Unterhaltsrecht	202
I. Die Unterhaltsansprüche nach der Reform	202
1. Wichtigste Gesetzesänderungen	202
2. Auswirkungen auf die Vertragspraxis	204
II. Unterhaltstatbestände	205
1. Familienunterhalt/Trennungunterhalt/Nachehelicher Unterhalt	205
2. Unterhalt wegen Kindesbetreuung	206
a) Allgemeine Voraussetzungen	206
b) Basisunterhalt	206

Inhaltsverzeichnis

c) Kindbezogene Verlängerung	206
d) Elternbezogene Verlängerung	208
3. Unterhalt wegen Alters	208
4. Unterhalt wegen Krankheit	208
5. Unterhalt bis zur Erlangung angemessener Erwerbstätigkeit	208
6. Aufstockungsunterhalt	209
7. Sonstige Unterhaltsansprüche	209
III. Allgemeine Voraussetzungen des Unterhalts	210
1. Bedarf nach den ehelichen Lebensverhältnissen	210
2. Bedürftigkeit des Berechtigten	212
3. Leistungsfähigkeit des Verpflichteten	213
4. Keine Ausschluss- oder Beschränkungsgründe	214
a) Erlöschen des Unterhaltsanspruchs	214
b) Ausschluss des Unterhalts wegen grober Unbilligkeit	215
c) Beschränkung des Unterhalts nach § 1578b BGB	215
IV. Typische Unterhaltsvereinbarungen	216
1. Vollständiger Verzicht der Doppelverdienerin ohne Kinderwunsch	217
2. Unterhaltshöchstgrenze in der Diskrepanzhe	218
3. Herausnahme dynastischen Vermögenseinkommens	219
C. Versorgungsausgleichsrecht	219
I. Die Reform des Versorgungsausgleichsrechts	219
1. Grundprinzipien des VersAusglG	220
2. Abschaffung des Einmalausgleichs	220
II. Die Anrechte	221
1. Allgemeine Voraussetzungen nach § 2 VersAusglG	221
2. Neu: Kapitalrechte im Versorgungsausgleich	221
III. Die Ausgleichsformen	223
1. Grundsätze der Ausgleichsformen, § 9 VersAusglG	223
2. Interne Teilung	224
3. Externe Teilung	225
a) Auf Wunsch des Versorgungsträgers	226
b) Aufgrund einer Vereinbarung	227
c) Aufgrund öffentlich-rechtlichem Dienst- oder Amtsverhältnis	227
d) Wahl der Zielversorgung und Vollzug	228
4. Verrechnung	231
5. Teilungskosten	231
IV. Der korrespondierende Kapitalwert	232
1. Die gesetzliche Regelung	232
2. Berechnung	233
3. Tauglichkeit	233
V. Ausnahmen vom Versorgungsausgleich	235
VI. Vereinbarungen zum Versorgungsausgleich	236
1. Mehr Disposition	236
2. Form	237
3. Beispiele für Vereinbarungen	239
a) Vollständiger Verzicht	239
b) Verzicht bei Unternehmen mit einseitigem Rücktrittsrecht des Nichtunternehmers	240
c) Verrechnungsvereinbarung zweier Landesbeamter	241

Inhaltsverzeichnis

D. Ansprüche außerhalb des Familienrechts	242
I. Ehegattinnenengesellschaft	242
1. Gesellschaftsrechtliche Lösungen im Familienrecht	242
a) Rechtsprechung	242
b) Voraussetzungen	243
2. Rechtsfolgen	244
a) Ausgleichsanspruch	244
b) Selektiver vorzeitiger Zugewinnausgleich	245
3. Problemfelder	245
a) Wille zur Gesellschaftsgründung?	246
b) Wirkliche Anwendung des Gesellschaftsrechts	246
c) Erbschaft- und Schenkungsteuer	247
d) Mitunternehmerschaft	248
II. Störung der Geschäftsgrundlage	248
1. Ehegattenzuwendungen – bzw. Mitarbeit	248
2. Güterstandsbezogene Voraussetzungen	249
3. Anspruchsinhalt	251
III. Miteigentum	251
1. „Güterstand“ der Miteigentümergeinschaft	251
2. Miteigentum nach Trennung	252
3. Bankkonten	253
a) Einzelkonto	253
b) Gemeinschaftskonto	255
c) Wertpapierdepot	256
IV. Gesamtschuldnerausgleich	258
1. Der Anspruch auf Gesamtschuldnerausgleich	258
2. Verhältnis zu anderen familienrechtlichen Ansprüchen	259
V. Sonstige Verträge zwischen Ehegatten	260
E. Steuerliche Themen rund um die Ehe	260
I. Veranlagung der Ehegatten und Gesamtschuldner	260
1. Zustimmungspflicht zur Zusammenveranlagung	260
2. Das Innenverhältnis der Gesamtschuldner	263
3. Die Steuererstattung bei Ehen in der Krise	263
II. Zugewinnausgleich und Steuern	264
1. Erbrechtliche Ausgangssituation	264
2. Die fiktive Zugewinnausgleichsforderung und ihre Einschränkungen	266
3. Die reale Zugewinnausgleichsforderung	267
4. Die deutsch-französische Wahl-Zugewinnngemeinschaft	269
III. Der Unterhalt im Steuerrecht	269
1. Außergewöhnliche Belastung nach § 33a EStG	269
2. Begrenztes Realsplitting, § 10 Abs. 1 Nr. 1 EStG, § 22 Nr. 1a EStG	270
a) Voraussetzungen	271
b) Anspruch auf Zustimmung	271
c) Nachteilsausgleich – kein Vorteilsausgleich	272
d) Steuerliche Optimierung	274
IV. Leistungsfähigkeit bei Gewinneinkünften	274
1. Steuerbilanz versus Unterhaltsbilanz	275
2. Abschreibungen im Unterhaltsrecht	276
a) Korrekturen im Unterhaltsrecht	276
b) Verbindlichkeiten	278

Inhaltsverzeichnis

3. Entnahmen als Ersatzmaßstab?	279
4. Änderungen nach Trennung	280
a) Investitionen	280
b) Personal	280
c) PKW	281
d) Rückstellungen	281
5. Steuern und Vorsorgeaufwendungen	281
a) Steuern	282
b) Vorsorgeaufwendungen	283
V. Versorgungsausgleich und Steuern	284
1. Die Besteuerung beim neuen Versorgungsausgleichsrecht	284
2. Die interne Teilung	284
a) Kein Abzug der Minderung	284
b) Besteuerung des Leistungszuflusses	284
3. Besteuerung der externen Teilung	285
a) Einfluss der Besteuerung auf das materielle Recht	285
b) Besteuerung des Wertausgleichs	286
c) Besteuerung des Leistungszuflusses	287
4. Schädliche Verwendung geförderten Altersvorsorgevermögens	287
5. Ausgleich nach Scheidung	287
a) Grundzüge und Zahlungsformen	287
b) Korrespondenzprinzip	288
6. Zahlungen zur Vermeidung eines Versorgungsausgleichs, § 10 Abs. 1a Nr. 3 und § 22 Nr. 1a EStG	289
F. Der Ehevertrag	290
I. Voraussetzungen und Ziele eines Ehevertrages	290
1. Begriff des Ehevertrages	290
2. Form des Ehevertrages	291
3. Ziel des Ehevertrages	293
II. Inhaltskontrolle von Eheverträgen	294
1. Begründung einer Inhaltskontrolle von Eheverträgen durch das BVerfG	294
2. Inhaltskontrolle	294
3. Ausschluss ehebedingter Nachteile	295
4. Die „alte Sittenwidrigkeitsrechtsprechung“	296
5. Einzelne Aspekte der Inhaltskontrolle	296
6. Verfahren der Inhaltskontrolle	300
7. Stand der Inhaltskontrolle	302
III. Schenkungsteuerliche Optimierung durch Eheverträge	303
1. Auswahl des Güterstandes aus schenkungsteuerlicher Sicht	303
2. Güterstandswechsel	304
a) Güterstandsschaukel mit Zugewinnausgleich	304
b) Vereinbarung der Gütertrennung mit Anrechnung von vorab erfolgten Zuwendungen	304
3. Inhaltskontrolle als Ausrede	305
IV. Musterformulierungen	305
1. Allgemeine Klauseln im Ehevertrag	305
a) Präambel	306
b) Allgemeine Nachteilsausgleichsklausel	306
c) Salvatorische Klausel	307
d) Belehrung	307
e) Abgeltungsklausel	308

Inhaltsverzeichnis

2. Modifizierte Zugewinngemeinschaft mit Zugewinngrenze bei Tod	308
3. Zugewinnverzicht gegen Kompensation	309
4. Unterhaltsverzicht eingeschränkt wegen des Versorgungsausgleichs	311
5. Vereinbarung zum Realsplitting	311
V. Kosten	311
1. Der Geschäftswert eines Ehevertrages	312
2. Sonstige ehevertragliche Vereinbarungen	313
3. Abschluss, Änderung und Aufhebung eines Ehevertrages	314
4. Der Ehevertrag und andere Erklärungen	314
5. Die Scheidungsvereinbarung.	315
4. Teil. Scheidung und Scheidungsvereinbarungen	317
A. Das Scheidungsverfahren	318
I. Die materiellen Voraussetzungen der Scheidung	318
1. Scheidungsgrund – Scheitern der Ehe	318
2. Scheidungshürde – Getrenntleben	320
3. Kein Scheidungshindernis – Härteklauseel	320
II. Das Scheidungsverfahren nach dem FamFG	321
III. Kosten der Scheidung und ihre steuerliche Berücksichtigung	323
B. Scheidungsvereinbarungen	325
I. Ehwohnung	325
1. Gesetzliche Regelung bei Trennung und Scheidung	325
2. Vertragliche Vereinbarung mit Eigentumsregelung	327
3. Vertragliche Vereinbarung dauernder Gemeinschaft	329
4. Einbindung in den Gesamtzusammenhang	329
II. Haushaltsgegenstände	330
1. Gesetzliche Regelung bei Trennung und Scheidung	330
2. Vertragliche Regelungsmöglichkeiten	331
III. Güterstand und Vermögensausgleich	332
1. Güterstandsregelungen	332
2. Sonstiger Vermögensausgleich	332
IV. Ehegattenunterhalt	333
V. Kindesunterhalt	334
1. Gesetzliche Regelungen	334
2. Vereinbarungen zum Kindesunterhalt	337
VI. Versorgungsausgleich	338
VII. Elterliche Sorge und Umgang	341
1. Die gesetzliche Rechtslage	341
2. Vereinbarungen zu Sorge- und Umgangsrecht	342
VIII. Allgemeine Regelungen	343
IX. Aufhebung erbrechtlicher Verfügungen und Erbverzicht	344
1. Das gesetzliche Erbrecht bei Scheidung	344
2. Auswirkung der Scheidung auf erbrechtliche Verfügungen	345
3. Aufhebung erbrechtlicher Verfügungen, Widerruf von Vollmachten	347
4. Erbverzicht	348
5. Erbvertrag mit Verfügungsunterlassung	348
X. Alleinige Erbregelung nach der Scheidung	349
1. Der geschiedene Ehegatte als erbrechtlicher Profiteur	349
2. Das Geschiedenentestament als notwendige Maßnahme	350

Inhaltsverzeichnis

XI. Kosten	350
C. Die Zuwendungen Dritter im Rahmen der Scheidung	352
I. Zuwendungen Dritter – Regelung bei der Zuwendung	352
II. Neue Rechtsprechung des BGH zur Schwiegerelternzuwendung	353
1. Zuwendungen an Kind und Schwiegerkind	353
2. Zuwendungen an das Schwiegerkind – BGH	355
III. Rückerstattungs- und Freistellungsvereinbarung bei Scheidung	356
D. Steuerliche Besonderheiten bei der Scheidung	357
I. Vereinbarungen	357
1. Auseinandersetzungsvereinbarung	357
2. Übertragung zur Abgeltung des Zugewinns	358
3. Anrechnung auf den Zugewinn nach § 1380 BGB	359
4. Ausweichgestaltungen	362
II. Veräußerungsgewinn nach § 23 EStG	363
1. Der Tatbestand des § 23 EStG	363
2. Fallgruppen in der Scheidungsvereinbarung	365
a) Beispiel I: Übertragung als Abgeltung für Zugewinn	365
b) Beispiel II: Übertragung als Abgeltung für Zugewinn und Unterhalt	365
c) Beispiel III: Übertragung als Abgeltung für Zugewinn teilentgeltlich	366
d) Beispiel IV: Übertragung zum Einstandspreis, aber teilentgeltlich	366
e) Beispiel V: Realteilung privaten Miteigentums	367
3. Ausnahmen bei Eigennutzung	367
III. Auswirkung der neuerdings vertretenen modifizierten Trennungstheorie?	369
5. Teil. Recht der Minderjährigen	371
A. Die Vertretung der Minderjährigen	372
I. Der Minderjährige im Rechtsverkehr	372
1. Geschäftsunfähigkeit	372
2. Beschränkte Geschäftsfähigkeit	372
3. Unbeschränkte Geschäftsfähigkeit	377
II. Elterliche Vertretungsmacht	378
1. Die gemeinsame elterliche Sorge miteinander verheirateter Eltern	378
2. Die elterliche Sorge nicht miteinander verheirateter Eltern	378
3. Gerichtliche Sorgerechtsentscheidungen	378
4. Die gesetzliche Vertretung des Kindes	379
III. Ausschluss der elterlichen Vertretungsmacht	380
1. Die Systematik des Interessenkonfliktes	380
2. Das Insichgeschäft	380
3. Ausnahmen vom Verbot des Insichgeschäfts	382
a) Erfüllung einer Verbindlichkeit	382
b) Lediglich rechtlicher Vorteil	383
c) Gestattung	384
4. Sonstige Handlungsverbote	384
IV. Familiengerichtliche Genehmigung	384
1. Erfordernis einer familiengerichtlichen Genehmigung	385

Inhaltsverzeichnis

2. Verfahrensrechtliche Fragen der familiengerichtlichen Genehmigung	386
3. Einzelfälle der familiengerichtlichen Genehmigung	387
a) Grundstücksgeschäfte, § 1643 Abs. 1 BGB, § 1821 BGB	387
b) Gesamtvermögensgeschäfte, § 1643 Abs. 1 BGB, § 1822 Nr. 1 BGB	389
c) Erwerbsgeschäft und Gesellschaftsvertrag, § 1643 Abs. 1 BGB, § 1822 Nr. 3 BGB	389
d) Verpflichtung zu wiederkehrenden Leistungen, § 1643 Abs. 1 BGB, § 1822 Nr. 5 BGB	392
e) Ausschlagung von Erbschaft oder Vermächtnis, § 1643 Abs. 2 BGB	392
f) Pflichtteils- und Erbverzicht, § 2346 Abs. 2 BGB, § 2347 Abs. 1 S. 1 BGB	394
g) Sonstige Tatbestände	394
B. Die Bestellung von Ersatzvertretern	395
I. Bestellung von Ergänzungspflegern	395
II. Pflichtenkreis eines Ergänzungspflegers	396
III. Vertretungsverbote für Ergänzungspfleger	397
IV. Familiengerichtliche Genehmigung	398
6. Teil. Abstammung, Adoption	401
A. Abstammungsrechtliche Fragen	401
I. Entwicklung des Abstammungsrechts	401
II. Mutterschaft	404
III. Vaterschaft	404
1. Regelung der rechtlichen Vaterschaft	404
2. Vaterschaftszurechnung aufgrund Ehe nach § 1592 Nr. 1 BGB	405
3. Anerkennung der Vaterschaft nach § 1592 Nr. 2 BGB	405
4. Gerichtliche Feststellung der Vaterschaft nach § 1592 Nr. 3 BGB	407
5. Anfechtung der Vaterschaft	408
6. Biologische Vaterschaft	409
IV. Künstliche Befruchtung	410
B. Adoption	411
I. Adoption Minderjähriger	411
1. Voraussetzungen	411
2. Rechtsfolgen im Hinblick auf die Verwandtschaft	414
3. Sonstige Rechtsfolgen	415
II. Erwachsenenadoption	416
1. Voraussetzungen	416
2. Rechtsfolgen im Hinblick auf die Verwandtschaft	420
a) Schwache Adoption	420
b) Starke Adoption	420
3. Sonstige Rechtsfolgen	421
III. Steuerliche Folgen	422
1. Erbschaftsteuer	422
2. Einkommensteuer	423
3. Sonstige Steuerfolgen	424

7. Teil. Patchworkfamilie	425
A. Zivilrechtliche Regelungen für die Patchworkfamilie im BGB	426
I. Der Familienbegriff	426
II. Das kleine Sorgerecht, §§ 1687b BGB, §9 LPartG	430
1. Voraussetzungen	430
2. Rechtsfolgen	431
3. Lebenspartnerschaft	432
III. Das Umgangsrecht, § 1685 Abs. 2 BGB	433
IV. Die Verbleibensanordnung, § 1682 BGB	435
V. Die Einbenennung, § 1618 BGB, § 9 Abs. 5 LPartG	437
VI. Sonstige Regelungen zugunsten von Stiefkindern	438
B. Erbrechtliche Probleme in der Patchworkfamilie	439
I. Erbrechtliche Regelungsziele in der Patchworkkonstellation	439
II. Störpotential	440
1. Zufällige Erbfolge	440
2. Pflichtteil einseitig gegenüber leiblichem Elternteil	440
3. Elternpflichtteil	440
4. Pflichtteil und Zugewinnanspruch des Ehegatten	441
5. Fortgeltung früherer Erbverträge oder gemeinschaftlicher Testamente	441
6. Abänderungsbefugnis des Überlebenden	442
7. Unklare Ausdrucksweise in eigenhändigen Testamenten	442
III. Lösungsmöglichkeiten	443
C. Die Patchworkfamilie im Steuerrecht	444
I. Einkommensteuer	444
II. Erbschaftsteuer	445
III. Grunderwerbsteuer	446
8. Teil. Eingetragene Lebenspartnerschaft	447
A. Das Regelungskonzept der Eingetragenen Lebenspartnerschaft	447
I. Die gleichgestellte „Eingetragene Lebenspartnerschaft“ und ihre Ablösung durch die „Ehe für alle“	447
II. Die zivilrechtlichen Wirkungen der Eingetragenen Lebenspartnerschaft	449
1. Zugewinngemeinschaft	449
2. Unterhalt	450
3. Versorgungsausgleich	450
4. Lebenspartnerschaftswohnung	451
5. Haushaltsgegenstände	451
6. Lebenspartnerschaftsname	451
7. Verwandtschaftsverhältnisse	451
III. Aufhebung einer Lebenspartnerschaft	452
IV. Umwandlung einer Lebenspartnerschaft in eine Ehe	453
B. Verträge der Eingetragenen Lebenspartnerschaft	453
I. Die familiäre Eingetragene Lebenspartnerschaft	454
II. Die Eingetragene Lebenspartnerschaft zweier gleicher Partner	454
III. Sonstige Konstellationen der Eingetragenen Lebenspartnerschaft	455
C. Die Eingetragene Lebenspartnerschaft im Steuerrecht	455
I. Entwicklung	455
II. Einkommensteuerrecht	456

Inhaltsverzeichnis

III. Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht	457
IV. Sonstiges	458
9. Teil. Nichteheliche Lebensgemeinschaften	459
A. Ansprüche aus nichtehelicher Lebensgemeinschaft	460
I. Die nichteheliche Lebensgemeinschaft	460
II. Sondervorschriften	461
III. Gesetzliche Ansprüche	463
1. Eherechtvorschriften analog?	463
2. Die Zusammenlebensgemeinschaft	463
3. Trennungsbedingte Ansprüche nach BGH	464
a) Ältere Rechtsprechung	464
b) Rechtsprechungswandel	465
c) Beendigungsgründe	467
d) Regelungsnotwendigkeit	468
4. Unterhalt und Altersvorsorge	468
IV. Gemeinsame Kinder	469
B. Der Partnerschaftsvertrag einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft und sonstige Regelungen	470
I. Partnerschaft auf Probe	471
II. Partnerschaft mit Vermögensverflechtung	472
1. Vermögensregelungen	472
2. Unterhalt	473
3. Altersversorgung	474
4. Erbrechtliche Regelungen	475
III. Vollmachten	476
C. Die nichteheliche Lebensgemeinschaft im Steuerrecht	477
I. Einkommensteuer	477
1. Splittingtarif	477
2. Unterhaltsleistungen	477
3. Keine Angehörigen nach § 15 AO	478
4. Sonstiges	479
II. Erbschaft- und Schenkungsteuer	480
1. Steuerklasse und Freibeträge	480
2. Unterhaltszahlungen	480
3. Darlehen	482
4. Immobilienfinanzierung	483
5. Steuerfreistellungen	484
6. Sonstiges	485
III. Grunderwerbsteuer	486
10. Teil. Vorsorgevollmachten	487
A. Die Notwendigkeit einer Vorsorgevollmacht	488
I. Das gesetzliche Konzept der Betreuung	488
II. Probleme bei der Notwendigkeit einer Betreuung	489
1. Ausschluss von der Vertretungsmacht in der Familie	489
2. Genehmigungsbedürftigkeit	489
3. Bestellungsphase	490
4. Rechtsstellung des Betreuers im Unternehmen	490
5. Vorsorgevollmacht im Privatbereich	491
III. Betreuungsverfügung und Patientenverfügung	492

Inhaltsverzeichnis

B. Der Inhalt einer Vorsorgevollmacht	492
I. Die Person des Bevollmächtigten	492
II. Die Vertretungsbefugnisse – das Außenverhältnis	493
III. Der Auftrag – das Innenverhältnis	494
1. Innenverhältnis als gesonderter Regelungsbereich	494
2. Empfehlenswerte Regelungen	494
IV. Aufgabenbereiche	495
1. Vermögenssorge	495
2. Gesundheitssorge und Aufenthalt	496
3. Nachlassvollmacht	496
V. Besonderheiten im Unternehmensbereich	498
1. Personengesellschaften	498
2. Kapitalgesellschaften	500
3. Inhalt der unternehmerischen Vollmachten	500
VI. Vorsorgevollmacht und Steuerrecht	503
1. Schenkung mit transmortaler Vollmacht nach dem Tod	503
2. Vorsorgevollmacht und wirtschaftliche Zurechnung	504
3. Vorsorgevollmacht des Steuerberaters	505
C. Die Sicherung des Vollmachtgebers	505
I. Keine krankheitsbedingte Vollmacht	505
1. Die Krankheitsbedingung	505
2. Die Bescheinigungsbedingung	506
II. Form und Aushändigungssperre	506
1. Form der Vorsorgevollmacht	506
2. Registrierung der Vorsorgevollmacht	508
3. Aushändigungssperre	508
III. Kontrolle	510
1. Kontrollbevollmächtigte	510
2. Widerruf	510
3. Gerichtliche Kontrolle – Betreuerbestellung	511
IV. Formulierungsvorschlag	511
11. Teil. Gesellschaftsrecht	517
A. Familienpoolgesellschaften	518
I. Die Familienpoolgesellschaft	518
1. Gestaltungsziele	518
2. Konfliktpotential	519
3. Typische Gestaltungen	520
a) Klauseln im Gesellschaftsvertrag	520
aa) Geschäftsführung und Vertretung	520
bb) Kündigung	521
cc) Vinkulierung	522
dd) Nachfolgeklausel	522
ee) Abfindungs- und Entnahmebeschränkungen, Nießbrauch	524
ff) Ausschlussklauseln	529
b) Übertragung	529
II. Gesellschaft bürgerlichen Rechts	532
1. Teilrechtsfähigkeit	532
2. Grundstruktur	533
3. Vor- und Nachteile	534

Inhaltsverzeichnis

III. Kommanditgesellschaft	534
IV. GmbH & Co. KG	535
V. Kapitalgesellschaft	538
VI. Die vermögensverwaltende Gesellschaft im Steuerrecht	538
1. Die Bruchteilsbetrachtung	538
2. Familiensplitting und Grenzen	540
3. Vorteilhafte steuerliche Gestaltungen	541
4. Schenkungsteuer bei Ausscheiden aus Personengesellschaft	543
VII. Vergleich der Rechtsformen	544
B. Ehegattengesellschaften	548
I. Außengesellschaft	548
II. Ehegattinnenengesellschaft	549
C. Güterstandsklauseln	552
I. Anlass	552
II. Kritik	553
III. Inhalt	553
IV. Form	554
V. Formulierung	555
12. Teil. Internationale Bezüge des Familienrechts	557
A. Die Bedeutung von internationalen Bezügen im Familienrecht	558
B. Die allgemeinen Ehwirkungen, Art. 14 EGBGB	558
I. Gewähltes Recht, Art. 14 Abs. 1 EGBGB	558
II. Gesetzliche Anknüpfungsleiter, Art. 14 Abs. 2 EGBGB	559
III. Begrifflichkeiten und Bedeutung des Allgemeinen Ehwirkungsstatuts	560
1. Begrifflichkeiten	560
a) Gewöhnlicher Aufenthalt	560
b) Staatsangehörigkeit	560
c) Engste Verbindung	561
2. Bedeutung und Anwendungsbereich des Allgemeinen Ehwirkungsstatuts	561
C. Das Ehegüterrechtsstatut, EUGüVO, Art. 15 EGBGB	561
I. Die EUGüVO	561
1. Prinzipien	562
2. Anwendungsbereich	562
II. Gewähltes Recht, Art. 22 EUGüVO	563
III. Gesetzliche Anknüpfungsleiter, Art. 26 EUGüVO	564
1. Erster gemeinsamer gewöhnlicher Aufenthalt	565
2. Gemeinsame Staatsangehörigkeit der Ehegatten	565
3. Engste Verbindung	566
4. Die Ausweichklausel nach Art. 26 Abs. 3 EUGüVO	566
IV. Form bei Vereinbarungen über den ehelichen Güterstand, Art. 25 EUGüVO	566
V. Gesetzliche Anknüpfungsleiter, Art. 15 EGBGB aF:	567
D. Unterhalt	568
I. Unterhaltsstatut	568
II. Rechtswahl im Unterhaltsrecht	568

Inhaltsverzeichnis

E. Versorgungsausgleich	569
I. Gesetzliches Statut	569
II. Indirekte Rechtswahl, Art. 5 Rom III-VO	569
III. Weitere Voraussetzungen für einen deutschen Versorgungsausgleich	570
Stichwortverzeichnis	571

